

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postanstalten 1 Mk.,
nominale, 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen
1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk., Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vermittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage
nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Einzelheften am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. handels-
beilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeitspaltze über breiten Raum 8 Pf., für breitere
Zeitspaltze 10 Pf., außerdem 10 Pf. für die ersten 10 Zeilen, für
weiteren Raum 5 Pf. Bei Späterstellungen Rabatt. Anzeigen werden von
unserer Geschäftsstelle ferns sämtlichen Blattbesitzern entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte mit dem Drucknamen ist gestattet.
Für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 244.

Donnerstag den 18. Oktober 1906.

33. Jahrg.

Der politische Mißbrauch der Kanzel.

Bei den Erörterungen über den politischen Mißbrauch der Kanzel ist von protestantischer geistlicher Seite der irrtümlichen Auffassung Ausdruck gegeben worden, als ob man den Geistlichen überhaupt die politischen Rechte absperehen wolle, und es wurde dabei die Befürchtung geäußert, daß die protestantische Geistlichkeit für die politischen Sünden der katholischen Klerikale mitleiden müsse. Eine solche törichte Forderung ist den Liberalen, welche gegen die priesterliche Wahlbeeinflussung von der Kanzel aus eintreten, natürlich niemals in den Sinn gekommen. Es kann sich nur darum handeln, den Wahlmißbrauch eines Priesters zu politischen Zwecken zu verhindern. Mit dem Klerikalismus und dem politischen Zentrum wird man sich über die Grenzen der Zulässigkeit der geistlichen Wahlqualifikation vom staatlichen Standpunkt aus selbstverständlich niemals einigen können. Zur Verhütung ängstlicher nichtliteraler Gemüter erscheint aber ein Wort zur Klärung der Frage angebracht.

Ein reichsländischer Politiker, der den politischen Mißbrauch der Kanzel durch den Klerus erst jüngst bei den Wahlen zum elsass-lothringischen Landesauschuß aus nächster Nähe kennen gelernt hat, hat die Grenzen der politischen Bewegungsfreiheit des Geistlichen u. G. richtig gezogen, indem er die Forderung aufstellte: Wenn Beamte sich politisch frei betätigen dürfen, soweit sie nicht ihren amtlichen Einfluß bei der Agitation einsetzen, kann man Priester ein Recht nicht nehmen, muß aber, obwohl sie nicht staatliche Beamte sind, dieselbe Bedingung an ihre Ausübung knüpfen, daß sie nämlich die Autorität ihres Amtes nicht mißbrauchen, um ihren persönlichen Einfluß zu verhehlen. Wenn der Priester Wetters für die Geistlichen das Recht in Anspruch nimmt, daß sie in Wahlkreisen auch in der Ausübung ihrer religiösen Funktionen von ihrem Einfluß Gebrauch machen dürfen, so muß das zurückgewiesen werden, weil gerade der katholische Priester geistliche Macht und Zwangsmittel besitzt, die weit härter sind als etwa die Autorität, die ein Bürgermeister oder ein Staatsbeamter ausüben kann. Es würde damit dem Priester ein Unrechtsmerkmal und eine Unrechtmäßigkeit zugesprochen, die ihm der moderne Staat ohne Schädigung berechtigter Interessen und Gefährdung der Freiheit der Wahl nicht einräumen darf. Wie weit er allerdings die Schranken durch Gesetz überschreiten und seine Grundzüge durchbrechen kann, das hängt jeweils von den politischen Machtverhältnissen ab. Im deutschen Reich der Gegenwart ist praktisch in dieser Beziehung wenig zu erhoffen. Um so wichtiger ist es, von Fall zu Fall die Mißstände klarzulegen, zu denen das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß damit nicht der Religion, sondern lediglich den weltlichen Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche, d. h. politischen Zwecken gedient wird.

Zur Lage in Rußland.

Wenn man den russischen Offizieren glauben dürfte, so herrscht jetzt in Rußland unter dem Regiment Stolypin eitel Licht und Sonnenhimmel. Die „Peterb. Telegraphenagentur“ ist nie so geschäftig gewesen als jetzt, um die Lage des Staates im allgemeinen und der Finanzen im besonderen in glänzendster Beleuchtung erstrahlen zu lassen. Wie jene offiziöse Agentur mittelt, veröffentlicht der Finanzminister Angaben über den Eingang eines Teiles der direkten Steuern, welche jährlich in bestimmtem Verhältnis von jeder steuerpflichtigen Einheit, im besonderen von dem Lande der Bauern und anderer Besitzer, von den städtischen Häusern und Wohnungen, erhoben werden. Diese Angaben bieten nach der „Peterb. Telegraphenagentur“ ein besonderes Interesse in Hinblick auf die in dem Wäbinger Manifest gipfelnde Agitation der extremen Parteien gegen die Steuerabgabe. Während der acht ersten Monate des Jahres 1906 betragen

die Eingänge an indirekten Steuern 33 577 833 gegen 34 076 710 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine Abnahme der Eingänge ist in den von der Teuerung heimgesuchten Gegenden eingetreten, während in den baltischen Gebieten, Polen und Kaukasien, wo die revolutionäre Bewegung die größte Stärke erreichte, eine Zunahme von 2 1/2 Millionen Rubel stattfand. Die Verminderung des Einganges der Abgaben der Bauern für das ihnen zur Zeit der Emanzipation überlassene Land ist das Resultat des kaiserlichen Ukases, welcher diese Abgaben auf die Hälfte herabsetzte und vom Jahre 1907 ab ganz abschaffte. Aus den Steuern für Industrie und Handwerk ist eine Zunahme von 3 Millionen gegen 1905 zu verzeichnen. Die direkten Steuern spielen nur eine unbedeutende Rolle, das Reichsbudget beruht auf den indirekten Steuern und den Abgaben auf Alkohol, Zucker, Tabak und Petroleum. Trotzdem bilden nach Ansicht der Regierung die angeführten Zahlen eine glänzende Entgegnung auf das Wäbinger Manifest und andere Aufrufe ähnlicher Art, außerdem haben die Aufreizungen der extremen und anderen politischen Parteien zur Rekrutenverweigerung keinen Eindruck gemacht, denn nach den bisher vorliegenden Nachrichten vollzieht sich die Aushebung in allen Teilen des Reiches, selbst in den Däseprovinzen und anderen Herden der Revolution in vollster Ordnung. Offenbar sind alle Anstrengungen der revolutionären Gruppen vergeblich, und die Masse des russischen Volkes unterwirft sich nicht den Direktiven, die ihm durch gewisse politische Gruppen aufgezwungen werden sollen.

Man wird ja bald sehen, ob diese Darstellung zutrifft. Zunächst kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, als werde hier Schöpfungsberei getrieben. Dasselbe gilt von einer langen finanziellen Darlegung der „Peterb. Tel.-Agent.“, die gegen einen Zeitungsartikel des Regierungsrats Martin gerichtet ist, in dem jener den Nachweis zu führen suchte, daß Defizit für 1906 sei von der russischen Finanzverwaltung unrichtig dargestellt worden. Nach der Darstellung der „Peterb. Tel.-Agent.“ beruht das einwörtlich auf vollständiger Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse oder auf absichtlicher Zurechtweisung.

Herr Martin, dessen Person für uns in dieser Angelegenheit ganz gleichgültig ist, wird ja wohl die Antwort auf jene Angriffe nicht schuldig bleiben. Auffallend bleibt der Kontrast, in dem die jegigen offiziellen Darlegungen über Rußlands Staatsfinanzen stehen zu dem kürzlich bekannt gewordenen pessimistischen Geheimbericht Kotskows. Dieser grelle Gegensatz mahnt zur äußersten Vorsicht und zum Mißtrauen gegenüber den Angaben der „Peterburger Tel.-Agentur“. So lange es in Rußland an einer parlamentarischen Kontrolle über den Etat fehlt, ist man eben an die einseitigen Veröffentlichungen aus dem Finanzministerium gebunden. Wenn ein Finanzminister aber im September alles „schwarz“ sieht und dann, nachdem seine Schwarzzeiberei durch eine Inquisition bekannt geworden, vier Wochen später alles rosafarben malt, so merkt man nur zu deutlich, daß hier etwas faul sein muß.

Ein Gesegentwurf zu gunsten der russischen Juden ist, wie man uns meldet, sechsen dem russischen Ministerrat zur Begutachtung zugegangen. Derselbe soll für die Juden in Rußland große Erleichterungen schaffen. Ob der Entwurf Gesetz wird, ist freilich noch zweifelhaft.

Die Teilnehmer am Ueberfall auf das Kontor Frieberg in Kofow, drei Juden und drei Christen, sind standrechtlich erschossen worden.

Der allgemeine Ausbruch in Lodz, der als Demonstration gegen die Tätigkeit der Feldkriegsgerichte gedacht war, hat nicht lange Zeit gedauert. Schon am Montag nach dem Ausbruch beendet, die Stadt hatte ihr gewöhnliches Aussehen wiedergewonnen.

Infolge der Weigerung der Fabrikanten, für die Zeit des Ausbruches Lohn zu zahlen, sind in Lodz 17 000 Arbeiter von 77 Fabriken in den Ausbruch getreten. Die Gesamtzahl der Lodzer Fabrikanten beträgt 400 mit 70 000 Arbeitern.

Wegen bedeutender Unruhen in Turkestan in der Gegend an der zentralasiatischen Bahn ist in den Städten Krasnowodsk, Akti-Atwat, Achabad, Merv, Tschardshui, Neuchara, Samarkand, Tashkent und in anderen Orten der Zustand des außerordentlichen Schutzes verhängt worden.

Politische Uebersicht.

Die Ankunft des Staatssekretärs von Tschirschy in Rom wird, wie man der „Post“ von dort berichtet, um den 18. d. M. erwartet. Herr v. Tschirschy wird sich nach kürzerem Aufenthalt in Rom für einige Tage nach Neapel begeben und von dort Ausflüge nach Sorrent und nach den Inseln im Golf von Neapel unternehmen. Mit dem von seinem Urlaube bereits in die italienische Hauptstadt zurückgekehrten Minister des Auswärtigen, Tittoni, wird der Staatssekretär Besuche austauschen, deren Höflichkeit charakteristisch natürlich auch ausfällt, daß die Unterhaltung beider Staatsmänner auch eine politische Richtung einschlagen mag.

Oesterreich-Ungarn. Der vom Handelsminister Kofuski im ungarischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf zur Förderung der Industrie ermächtigt die Regierung, neugegründeten Industrieunternehmen Befreiung von der Gewerbesteuer und anderen Gebühren für 15 Jahre zu gewähren. Ferner können auf Grund des Entwurfs solche Industrieanlagen Subventionen in einer Gesamtsumme von jährlich 20 Millionen Kronen gegeben werden. Schließlich soll diesen Industrien eine Bevorzugung bei Lieferungen für Staats- und Gemeindebedürfnisse eingeräumt werden.

England. Die Lieferungsstafelnde aus der Zeit des Burenkrieges haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Laut einer Mitteilung des englischen Kriegsministeriums sind die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Kommission für die Untersuchung der die südafrikanischen Kriegsvorräte betreffenden Angelegenheit nunmehr gezogen worden. Man ist zu dem Beschluß gekommen, daß kein Grund vorliege, gegen irgend einen General vorzugehen. Zwölf Offiziere sind gemahngestellt worden, davon vier Verlust der aus ihrem Dienstalter sich ergebenden Rechte; sechs sind mit Pension, einer ohne Pension verabschiedet worden. Außerdem sind zehn Unteroffiziere aus dem Dienst entlassen worden. Fast alle diese Militärs gehören dem Train an.

Türkei. Ein Aufstand arabischer Stämme ist, wie die „Politische Korrespondenz“ aus Konstantinopel meldet, zwischen Yemen und Gebel ausgedehnt. Die Aufständischen haben in einer Woche 200, die türkischen Truppen 100 Tote und 60 Verwundete verloren. Die türkischen Truppen mußten weichen. Da die Gefahr der Ausbreitung des Aufstandes gegen Norden besteht, wurden in Konstantinopel Verstärkungen verlangt.

Serbien. Betreffs der serbischen Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wird halbamtlich aus Belgrad mitgeteilt: In der am 14. Oktober nach Wien gefandten Antwort auf die letzte Note der österreichisch-ungarischen Regierung, betreffend die Handelsvertragsverhandlungen, erklärt die serbische Regierung, daß sie in der Frage der Beschaffung von Geschützen und Munition auch fernesthin auf dem Standpunkte verharren werde, daß sie sich freie Hand vorbehalten müsse. Bezüglich sonstiger Staatsbestellungen sei die Regierung bereit, in dem schon früher festgelegten Umfang die österreichisch-ungarische Industrie zu berücksichtigen, vorausgesetzt, daß ein Handelsvertrag zustande komme. Im

entgegengesetzten Falle würde die serbische Regierung alle ihre Zusagen als nicht bestehend betrachten, da sie vollständig freie Hand behalten müsse für die Genährung von Gegenjugendverhältnissen in den Handelsverträgen mit anderen Staaten.

Japan. Der Ausbau der japanischen Flotte wird mit Eifer, aber ohne Hast betrieben. Wie das „Bureau Reuter“ aus Tokio meldet, ist als Ergebnis einer Beratung der Admiralität ein besonderes Komitee für Schiffkonstruktion eingesetzt worden, um die neuesten und zweckmäßigsten Kriegsschiffpläne aufzustellen. Infolge dessen erwartet man, daß die Fertigstellung der jetzt im Bau befindlichen Schlachtschiffe und Kreuzer beträchtlich verzögert wird.

Deutschland.

Berlin, 17. Okt. In Gegenwart des Kaisers fand gestern mittag 12 Uhr in Bonn die Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal vor der Universitätsfront statt. Es wohnten ihr der Kultusminister Dr. Eudt, Rektor und Senat der Universität, der Oberpräsident von Schorlemer und die Spitzen der Behörden bei. Die Weiherede hielt Oberbürgermeister Spiritus. Während die Nationalhymne gesungen wurde, sank die Hülle des Denkmals, das, von Professor Magnussen geschaffen, den Kaiser Wilhelm I. zu Fuß in Marmor auf einem rötlich abgetönten Sockel darstellt; der Sockel setzt sich rechts und links in Ballustraten fort. Geheimrat Dr. Jaobi, der derzeitige Rektor der Universität, übernahm dann das Denkmal mit einer Ansprache, die in dem Wunsche gipfelte, daß der Aufbau in dem Hilde des Einiges Deutschlands alle kommenden Geschlechter deutscher Menschen an das Ideal der Vaterlandsliebe und Königstreue gemahnen möge. — Der Kaiser besichtigte hiernach das Denkmal und nahm den Vorbereitungen der Ehrenkompanie und des Husaren-Regiments ab. Bei dem letzten desillierten General v. Deires und Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, beide in der Uniform des Regiments. Nachdem der Kaiser noch eine größere Reihe der Anwesenden durch Ansprachen ausgezeichnet hatte, begab er sich nach dem Palais zurück. Zur Frühstückstafel, die mittags im Palais Schaumburg stattfand, waren geladen der Dienst S. M. des Kaisers, der Herzog und die Herzogin von Koburg mit Gutsige, Prinz Moritz von Schaumburg, Prinz August Wilhelm von Preußen und der Hofchef des Prinzen Adolf von Schaumburg, Kammerherr Salkau. Nachmittags 3 Uhr unternahm der Kaiser mit Gefolge eine Spazierfahrt im Automobil und besichtigte die romanische Kirche in Schwarzsteinhof, begab sich von dort nach Siegburg zur Besichtigung der Abteikirche und kehrte in einer Schleppe nach Bonn zurück. In der Abendstunde nahmen außer Prinz August Wilhelm und der Erbprinzessin von Schaumburg folgende Herren teil: Oberpräsident Freiherr von Schorlemer-Vesier, General von Pöhl, Kultusminister v. Eudt und Regierungspräsident Dr. Steinmeister, sowie Oberbürgermeister Spiritus.

— Der König von Sachsen traf Dienstag früh in Hamburg ein und fuhr nach mehrstündigem Aufenthalt mit dem für die Teilnehmer an der Probefahrt des Doppelstrahlen dampfers „König Friedrich August“ bestimmten Sonderzug nach Cuxhaven, wo er um 11 Uhr eintraf. Der König begab sich an Bord des neuerbauten Dampfers „König Friedrich August“, der kurz vor 12 Uhr seine Probefahrt nach Helgoland antrat.

— Reichskanzler Fürst Bülow und seine Gemahlin sind Dienstag 7^{1/2} Uhr abends von Hamburg nach Berlin abgereist.

— Handelsminister Delbück ist von seinen Dienstreifen nach Berlin zurückgekehrt.

— Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche hat nunmehr seinen Abschied aus dem Einatbedienst erhalten. Bekanntlich las er seit 1897 an der Technischen Hochschule in Berlin über Nationalökonomie. Diese Tätigkeit weiter auszuüben, ist ihm durch seinen schlechten Gesundheitszustand verweigert. Auf die Ausübung seines Reichstagsmandats läßt seine angegriffene Gesundheit aber keinen Einfluß aus.

— Die Haftentlassung des Majors Fischer von der Schutztruppe und die Niederschlagung des Strafverfahrens gegen ihn ist lediglich deshalb erfolgt, weil nach Ansicht der die Untersuchung führenden Behörde in dem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis Fischers zu Tappesfeldt kein Vergehen oder Verbrechen gegen einen Paragraphen des Strafgesetzbuchs erblickt wird. Ob diese Ansicht zurechtend ist, das kann nur beurteilt werden, wenn man die Ergebnisse der Untersuchung im einzelnen kennt. Jedenfalls aber bleibt die Tatsache, daß Major Fischer Herrn v. Tappesfeldt und dessen Freunden finanziell verpflichtet ist, bestehen, und ebenso bleibt die moralische Bewertung dieser Tatsache unverändert bestehen. Aus diesem Grunde setzt denn auch jetzt, wie die „Freisinnige Zeitung“ hervorhebt, die ebengerichtliche Untersuchungen gegen Major Fischer ein. Wie die „Dortmunder Zeitung“ erzählt, hat der Reichskanzler die umgebende Einreichung der

Akten zum Fall Fischer vom Gerichtsherrn der Garde-Kavallerie-Division erbeten. Der Ehrenrat der Stabs-offiziere des Gardekorps wurde mit dem Verfahren gegen den Major Fischer beauftragt. Daß die Beurteilung des Tappesfeldt-Vertrags und die Teilnahme eines aktiven Ministers resp. dessen Ehefrau an einer für das Reich liefernden Erwerbsgesellschaft durch die neueste Wendung in der Affäre Fischer nicht im geringsten berührt wird, brauchen wir wohl nicht erst besonders hervorzuheben.

— (Der weimarische Landtag) ist Dienstag mittag durch den Staatsminister von Bumb geschlossen worden. Im Verabschiedungsdekret wurde dem Landtage die Mitteilung gemacht, daß in Sachen der Landgerichtsgemeinschaft mit Rußl. L. die Regierung, da eine Einigung mit dem Landtag nicht zu erzielen war, sich weitere Entschlüsse vorbehalten. Wahrscheinlich wird das jetzige Verhältnis als Provisorium weiter bestehen. Staatsminister Reibe wohnte der Sitzung nicht bei, bleibt aber wahrscheinlich im Amt.

— (Bei den neuen Militärforderungen) handelt es sich, wie von parlamentarischer Seite behauptet wird, auch um eine Vermehrung der Maschinengewehre und um die allgemeine Einführung der Rohrwärfelgeschütze beim. um die Umarbeitung des vorhandenen Schutzmaterials zu Rohrwärfelgeschützen mit Schutzschalen. Dieser Plan ist schon wiederholt in der Budgetkommission erörtert worden. Mit Rücksicht auf die verfügbaren Mittel sollen die Kosten auf mehrere Jahre verteilt werden.

— (Die Zuständigkeit der Amtsgerichte) soll bei der in Aussicht stehenden Strafprozessreform, wie nach der „Frankf. Ztg.“ in Bundesratskreisen beschäftigt wird, bis zu einem Streikwert von 1200 Mark erweitert werden.

— (Dem Reichskanzler Fürsten Bülow) droht die „Deutsche Tagesztg.“ mit ihrer allerhöchsten Ungnade, wenn er es wagen sollte, den „Grenzschutz gegen die Viehplagen-Einführung“ — so nennt das agrarische Blatt euphemistisch den Abschluß Deutschlands gegen ausländisches Vieh — auch nur im geringsten abzuschwächen. Wie sie es stets zu tun pflegt, um unersahenen Gemütern zu imponieren, so identifiziert sie auch in diesem Falle wieder den Bund der Landwirte mit der Landwirtschaft im allgemeinen und hält dem Reichskanzler vor, er werde selbst am besten beurteilen können, ob der Verlust des Vertrauens der landwirtschaftlichen Kreise, die in jüngster Zeit wieder erfreulicherweise härter genossen sei, für ihn bedeutsamer und wesentlicher sei als die Gnade der Linksliberalen. — Dies sind nur Redensarten, über deren Inbaltlosigkeit wohl auch der Reichskanzler nicht im Unklaren sein dürfte. Der Bund der Landwirte hat genau die Bedeutung, die die Regierung ihm beimißt. Wenn die Regierung nicht länger Lust hat, sich von den Agrariern tyrannisieren zu lassen, und ihnen die Unterstützung der Regierungsorgane entzieht, dann ist es mit dem Bunde aus, trotz aller löhrenden Redensarten von Dietrich Bahn und Genossen. Die „Deutsche Tagesztg.“ behauptet dann auch, der Reichskanzler würde sich mit sich selbst in den schärfsten Widerspruch setzen, wenn er eine Milderung der drakonischen Ausfuhrbestimmungen herbeiführe. — Wir wüßten nicht, inwiefern. Bisher hat sich der Reichskanzler immer höflich zurückgehalten und den Kardierter Schweinefleisch die Sache allein betreiben lassen. Wenn der Bundesrat jetzt angeht, der immer noch weiter wachsenden Fleischnot eine Dämpfung der Grenzen beschließen sollte, so würde für den Fürsten Bülow darin keine Intonsequenz liegen. Es hat aber ganz den Anschein, als wenn die Händler, je mehr sie fühlen, daß der Boden unter ihnen wankt, durch desto kräftigeres Auftreten über ihre prekäre Lage hinwegzutäuschen suchen.

— (Das Hessische Oberkonsistorium), das dem Parrer Korrell wegen angeblicher Begünstigung der Sozialdemokratie einen Verweis erteilt hat, ist durch die jüngste Willensfindung des Großherzogs von Hessen, der — wie es heißt — trotz ausdrücklichen Widerspruch der Regierung — einen sozialdemokratischen Abgeordneten beschäftigt hat, in eine etwas verzwickte und tragikomische Situation geraten. In den ersten Tagen des November wird die Hessische Landesynode zusammentreten, der das Oberkonsistorium wegen seines Verhaltens im Falle Korrell Rechenschaft ablegen will. Man darf einigermaßen neugierig sein, wie das Hessische Oberkonsistorium den Verweis gegen Korrell, der, wie bekannt, an der viel angefeindeten Städtewahlparole gänzlich unbeeinträchtigt geblieben ist, da er vorher aus dem Wahlausschuß ausgeschlossen war, begründen will. Mit der religions-selbstlichen und staatsunfählichen Tendenz der Sozialdemokratie, die Korrell dadurch gefördert haben soll, das er nicht öffentlich gegen die Parole seiner Parteifreunde protestiert hat, kann das Oberkonsistorium der Synode unmöglich kommen, da ihm sofort ent-

gegengehalten werden könnte, daß dieser Vorwurf den Großherzog in ungleich berechtigtem Grade treffen würde, der einen Sozialdemokraten in einem einflussreichen Amt beschäftigt. Eine nicht gerade beneidenswerte Situation für das Oberkonsistorium. Das kommt aber davon, wenn eine kirchliche Behörde sich um Dinge kümmert, die sie gar nichts angehen.

— (Der Ultramontanismus) hat vor nichts eine größere Angst, als vor der Weiterentwicklung der süddeutschen Bloc-Zwee über das ganze Reich. In einem bayerischen Zentrumsblatt findet sich nämlich folgender Siossefuser: „Wir stehen heute unverkennbar im Anfang einer großen parteipolitischen Verschiebung, die beim Liberalismus aller Schattierungen schon längere Zeit wirksam ist und als deren Ende man mit ziemlicher Sicherheit schon heute die Bildung des „erweiterten Blocs“ voraussetzen kann. . . . Das lehrte deutlich ein Blick in die Naturgeschichte der jungliberalen Bewegung, das lehren die bayerischen Landtagswahlen mit ihren vielbesprochenen Begleit- und Folgeerscheinungen. In Bayern wie in Baden ist heute der liberale Bloc so gut wie fertig. In den übrigen Staaten wird er es trotz aller Schwierigkeiten in Bälde werden. . . . Der Bund mit der Sozialdemokratie wird versucht werden, und wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Der Tag aber, an dem der große Bloc der Linken für Deutschland abgeschlossen wurde, würde eine völlige Machtverschiebung in der inneren Politik bedeuten und kann für das Zentrum eine Katastrophe schlimmer Art bringen. Nur durch die Zersplitterung seiner Gegner ist das Zentrum zur Macht gekommen.“ — Das ist zwar eine Binsenwahrheit, vielleicht bleibt sie aber doch, da gerade ein Zentrumsblatt sie so offen bekennt, nicht ohne Eindruck auch auf diejenigen, die bisher ihr ganzes politisches Feil nur in dem Anschluß nach rechts erblickt haben. (Zum Fall Römer.) Das rheinische Konsistorium hat bekanntlich die zweite Wahl des Hg. Römer-Gobelsberg zum besetzten Parrer in Remscheid für ungültig erklärt, u. a. mit dem Hinweis darauf, daß Römer nach seiner ersten Oafspiegel, welche zu dem bestimmten Prolet führte, aus der Reihe der wählbaren Kandidaten ausschiede. Gegen die Ungültigkeitserklärung dieser zweiten Wahl hat die Vertretung der Remscheider Kirchengemeinde Beschwerde beim Oberkirchenrat eingelegt. Die Beschwerde ist nunmehr nach dem soeben eingehenden Entschluß vom Oberkirchenrat „nach eingehender Prüfung der Sachlage“ als unbegründet verworfen worden.

— (Neue Russenausweisungen aus Berlin) haben in letzter Zeit stattgefunden. Sie betrafen fast ausschließlich neu hinzugezogene Russen, denen mittelst gedruckten Formulare mitgeteilt wurde, daß ihre „dauernde Anfechtung“ nicht gebildet werden könne, ihnen daher anbegehrt werde, zur Vermeidung der polizeilichen Ausweisung innerhalb einer bestimmten Frist das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Bei dieser Ausweisung sollen politische Gründe nur ganz vereinzelt maßgebend gewesen sein, meist erfolgten sie wegen Nichtnachweises ausreichender Mittel oder dauernder Beschäftigung. In einigen Fällen wurden seit vielen Jahren in Berlin wohnhafte Russen als „unlängst Angekommene“ ausgewiesen; hier genügte eine Eingabe, in welcher der Zentrum klargestellt wurde, um die Polizeibehörde zur Zurücknahme des Ausweisungsbefehls zu veranlassen. — (In ihren Vorwärtren gegen die freisinnige Volkspartei) widersprechen die sozialdemokratischen Flugblätter einander nicht selten in höchst ergötzlicher Weise. Ein besonders krasser Fall liegt jetzt in sozialdemokratischen Flugblättern aus Döbeln-Rossen und Stadte-Remerzörde vor. In dem Flugblatt für den sozialdemokratischen Kandidaten in Stadte-Remerzörde heißt es ganz allgemein: „Der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Otto“ ist ein Feind des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts“. Das im im Wahlkreis Döbeln-Rossen verbreitete sozialdemokratische Flugblatt aber sagt: „Die freisinnige Volkspartei vertritt die Anschauung, daß im Reichs- und Landtage das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht bestehen soll, aber in der Kommunalverwaltung ist diese Partei ein einschneidender Gegner dieser Forderung“. Auch diese Behauptung des sozialdemokratischen Flugblattes in Döbeln-Rossen ist nicht vollständig richtig; denn die freisinnige Volkspartei fordert in ihrem Programm ausdrücklich auch für die Kommunalwahlen die geheime Abstimmung. Bezeichnend ist das Flugblatt für Döbeln-Rossen, weil es die revolutionären Ziele der sozialdemokratischen Partei vollständig vertritt. Für den Ton dieses Flugblattes charakteristisch ist die Art, wie sie von Gegnern spricht als „politisch feindlichen Schwabronnen“, „weder Fisch noch Fleisch“, die „wie sonst jede nächtliche Vierfüßler auf die sozialdemokratische Partei losgelassen“ werden. Der freisinnigen Volkspartei macht das Flugblatt zum

Vorwurf, daß sie „alle Forderungen der Marine and des Heeres bewilligt“ usw. usw.

— (Freiheit, die ich meine...) Wie es im sozialistischen Zukunftsaussicht mit der vielgeprobten Freiheit auszuweisen wird, davon konnten sich am Sonntag die zahlreichen Besucher der in Roswein unter dem Vorsitz des freiwirtschaftlichen Landtagsabgeordneten Vdr. J. Zwifal abgehaltenen großen freiwirtschaftlichen Wählerversammlung einen netten Begriff machen. Nach einem einkündigen glanzvollen Refikat des freiwirtschaftlichen Landtagsabgeordneten G. A. H. Hauer erhielt das Wort zur Diskussion der sozialdemokratischen Reichstagsabg. Rostke-Gernisch. Dieser Herr mißbrauchte die in liberaler Weise gewährte Rede-freiheit über alle Gebühr und nahm die Geduld der Versammlung volle 1 1/2 Stunden in Anspruch. Seine Ausführungen, die im übrigen von den abgedroschensten sozialistischen Phrasen trotzten, leitete er mit einer direkten Unwahrheit ein, indem er es ablegnete, daß die Sozialdemokraten im bayerischen Landtage für den gesamten Etat und damit auch für den Militäretat gestimmt hätten. Ein freiwirtschaftlicher Diskussionsredner, Redakteur Hager vom Fortschrittlichen Verein Waldes-Berlin, wurde von den anwesenden patentierten Vertretern von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ formwährend durch wüsten Gebrüll unterbrochen, als er die Redefreudigkeit des Abg. Rostke, dessen Ausführungen durchweg nur zu sehr den Neuling in politischen Dingen verrieten, richtig stellte und auch sonst den Herren Genossen einige unangenehme Wahrheiten über den Gegenlag zwischen ihrer Theorie und Praxis aufstufte. Auf dem Nachhausewege wurde Herr Hager von einer Menge „Zehnwüster“ in der größten Wut beschiempft und er, sowie auch sein Begleiter, Herr Körner vom Fortschrittlichen Verein Waldes-Berlin, tätlich angegriffen.

— (Marinennachrichten.) Der ausreisende Fahrtrichtertransport für das Kreuzfahrtschiff hat mit dem Dampfer „Prinzregent Luipold“ am 13. Oktober Antwerpen angelaufen und am 15. Oktober die Weiterreise angetreten. „Bremen“ ist am 13. Oktober in Pernambuco eingetroffen und ist am gleichen Tage nach Port of Spain weiter gegangen. „Ketyzig“ ist am 15. Oktober in Colombo eingetroffen. „Luchs“ ist am 14. Oktober in Hongkong angekommen.

Volkswirtschaftliches.

Die australischen Vorkugels sind, wie der Deutschaustralischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg aus Sidney telegraphiert wird, vor-

läufig beiseite gesetzt. Die bisher eingezogenen Zölle werden zurückgezahlt. — Das entspricht der Auffassung, die die australische Bundesregierung ihrem Parlament gegenüber eingenommen hat.

— (Eine „Spiritusofenkonferenz“ soll in Brüssel stattfinden. Nach amtlicher Mitteilung werden daran die folgenden Staaten teilnehmen: Deutschland, Belgien, der Koninkreich, Spanien, Frankreich, England, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden. — Wahrscheinlich handelt es sich dabei um die Regelung der Spirituszollfrage nach Afrika.

— (An eine auch nur teilweise Öffnung der Grenzen wegen der Fleischsteuerung denkt Landwirtschaftsminister v. Bobbelski, wie er in seinem Moniteur erklären läßt, nicht im geringsten. Es sei zwar richtig, daß sich an die Beobachtungen des Vieh- und Fleischmarktes, diese oder jene Ermäßigung knüpfen. Aber sie haben sich keineswegs in der Richtung einer Öffnung der Grenzen bewegt, und als ganz sicher kann es gelten, daß Verhandlungen in diesem Sinne bisher nicht gepflogen worden sind. — Etwas anderes ist Herrn v. Bobbelski nach seiner ganzen Stellungnahme auch nicht zu vertrauen.

Vermischtes.

— (Eine verhängnisvolle Brautfahrt.) In Hohenelbe im Riesengebirge scheuten bei der Begrüßung eines Hochzeitsgastes durch Böllerschüsse die Pferde des Brautwagens. Die Tiere rissen den Fahrer und führten den Brautwagen in die Höhe. Ein Pferd ist tot und die Braut und mehrere Hochzeitsgäste schwer verletzt.

— (Entdeckte Raubmörder.) Dem „L. A.“ wird telegraphiert: Während der Untersuchung gegen die in Luxemburg verhafteten Raubmörder Schöndorfer und Heinrich hat es sich herausgestellt, daß beide in Deutschland wegen Raubmordes festgesetzt worden und dreimal der Untersuchungshaft entflohen. Die Verbrecher werden nach der Verhängung ihrer Strafe in Luxemburg den deutschen Behörden ausgeliefert werden.

— (Erschossen.) In seinem Bett aufgefunden wurde in Jütendorf bei Trebbin der 63-jährige Arbeiter Friedrich Vals. Ein Geldbetrag, sowie ein Sparschweinchen wurden in der augenblicklichen Wohnung von den Wörtern geraubt, deren Spuren in Berlin verfolgt werden.

— (An einem Gedenktitel aufgespießt) hat sich in dem Orte Jütendorf bei Telpitz in Böhmen der Bauersohn Spitzhalla, der von einer Leiter rüttelnd auf eine Höhe herabfiel, so daß ihm deren Stiel in die Bauchhöhle drang. Er erlag der schweren Verletzung.

— (Schmerzlich verunglückt) ist auf einer Automobiltour in der Nähe von Spremberg der Landrat des Spremberger Kreises Dr. Wülfings. Das Unglück entstand dadurch, daß der Wagen einer Schär Gänge anweisen wollte und dabei auf einen Brunnen stieß. Der Wagen wurde zertrümmert, und der Landrat, der den Wagen führte, trag schwere Ver-

letzungen am Kopfe und durch die Glassplitter gefährliche Schnittwunden im Gesicht davon. Sein Begleiter wurde ebenfalls erheblich verletzt.

— (Drei Todesfälle an Gerichtsstarre) sind in den letzten Tagen bei Ditzburg festzustellen. Es handelt sich um zwei minderjährige Mädchen und einen zwölfjährigen Jungen.

— (Ein Tiergartenraub) ist am Sonnabendabend wieder in Berlin mit Erfolg aufgetreten. Als eine Dame aus dem Westen um 10 Uhr nach Hause ging, sah sie in der Nähe des Schmelzerbühnsens plötzlich ein junges Mann die goldene Uhr von der Kette. Dann verwichend er spurlos im Gedächtnis. Die Uhr ist S. M. gezeichnet und 100 Mk. wert.

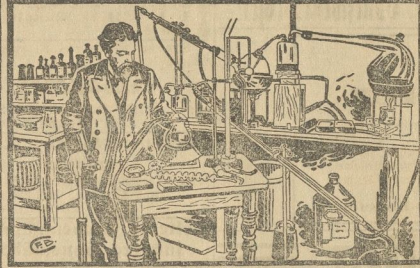
— (Eine neue Kruppische Stiftung.) Der Wunsch der ältesten Tochter Alfred Krupp, Herr v. Bohlen, und Frau Bertha v. Bohlen geb. Krupp haben für den Jubiläumstags der Kruppischen Arbeiterchaft ein Kapital von einer Million Mark gestiftet. Auch die verwitwete Frau Krupp hat eine Million Mark für eine Stiftung bestimmt, die der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Klassen dienen soll; gleichzeitig hat sie für fünf Zehn ein Baugelände von etwa 50 Hektar zur Verfügung gestellt.

— (Ueber einen Felssturz) wird aus Pnz berichtet: Am Freitag vormittag legte sich vom Felsmassiv des Wirtmings im Grotte ein bedeutender Felsblock gegen die Ortschaft Unter-Grotting in Bewegung. Unter donnerähnlichem Gepolter stürzte derselbe, mehr als meterhohe Felsstücke gegen die Ortschaft. Mächtige Bäume wurden wie Streihölzer geteilt. Nur einem glücklichen Zufall scheint es zu danken zu sein, daß die niedergelagerten Massen ungefähr 100 Meter von der Ortschaft liegen blieben, sonst wäre der Ort schwer getroffen worden.

Reklameteil.

Laboda-Dragees.

Unentbehrlich für Sängler, Schauspieler, Pianer, Lehrer, Rechtsanwälte, überhaupt Redner. Die Stimme wird dadurch klar, die Mäßigkeit der Stimme und Trockenheit des Gammels vermindert. Beim Gebrauch von Laboda-Dragees sind Katarrhe und Heiserkeit ausgeschlossen. Herr Dr. Oscar Kaiser, Schauspieler und Regisseur, in Köln a. Rh., Bruffstr. 14, äußert sich wie folgt: „Laboda-Dragees kann ich allen Schauspielern, Sängern u. aufs nachdrücklichste empfehlen. Sie gehören zum besten, was ich seit Jahren auf diesem Gebiete kennen gelernt habe.“ Hr. J. A. Schwarz, Kgl. Opernfängerin, Wiesbaden, schreibt: „Laboda-Dragees haben mir bei einer Erkrankung vorzügliche Dienste geleistet und empfehle ich sie aufs beste.“ (Laboda-Dragees enthalten: Ferniol, Menthol, Sauer, 0,6.) Preis Mk. 1,50. In Apotheken erhältlich, wo nicht vorrädig, von: Löwen-Apothek in Magdeburg, Adler-Apothek in Aschersleben, Johannis-Apothek in Halberstadt und Löwen-Apothek in Staßfurt.



Sunlicht Seife

ist ein vollständig reines Produkt aus Rohmaterialien vorzüglicher Provenienz. Sie wird hergestellt nach dem vollkommensten Fabrikationsverfahren unter Berücksichtigung der neuesten Erfindungen der modernen Wissenschaft und Technik. Alle Rohmaterialien, wie jeder Stuk des fertigen Produktes werden von bedeutenden Fachleuten untersucht und kontrolliert. Die Sunlicht Seifenfabrik garantiert deshalb die Reinheit ihres Fabrikates mit einem Betrage von 100.000.—. Verwenden Sie deshalb nur Sunlicht Seife zu Ihrer Wäsche. Sie haben dann die Gewissheit, dass solche nicht nur schnell und gründlich gereinigt, sondern auch in bestmöglicher Weise geschont wird.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keine Verantwortung.
Familien-Nachrichten.
Für die vielen Beweile der Liebe u. Zehn nahme bei dem Begräbnisse unseres teuren Entschlafenen legen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Wilhelmine Koschel
nebst Angehörigen.

Zwangsvorsteigerung.
Zum Zwecke der Aufhebung der Gemein-schaft, die in Ansehung des in Merseburg, Cassinstraße 12, belegenen, im Grundbuche von Merseburg, Band VII Blatt 800, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Handelsmanns **Wilhelm Nagel** und dessen Ehefrau Friederike geb. Gander in Merseburg eingetragenen Grund-stücks Kantenblatt 16 Borselle 288/141, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Merseburg, Cassinstraße 12, Größe 3 a 70 qm, mit einem Gebäudeflächenraumswert von 645 Mk. besteht, soll dieses Grundstück

am **8. Dezember 1906, vormittags 9 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht, an der Gerichts-stelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 13. Oktober 1906.
Königliches Amtsgericht, Abteilung 5.

Statt besonderer Meldung.
Gestern nachmittag entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater, der pens. Bau- und Wegbau-Ingenieur
Wilhelm Viehweg
im 62. Lebensjahre.
Merseburg, Annaburg, Torgau, Mühlhausen, den 17. Okt. 1906.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause Strickberg 20 aus statt.

Ein Logis zu vermieten
Vorwerk 12.
Die Etagenwohnung **Weißenfelsstr. 27** ist zu vermieten und zum 1. April oder auch 1. Januar 1907 zu beziehen.
Junges Ehepaar sucht zum 1. Januar
Wohnung
entweder in Leipzig, Kammert, Kunst- oder in Merseburg, im Preise von 70 Taler. Angebote mit **K. M. 100** an die Annoncen-Redaktion von **J. C. Schmidt**, Helmstedt.
Echte schottische Schafwollhüdn
(schwarze Dede, 1 1/2 Jahr alt) ist zu verkaufen. Nähere Auskunft **Circulantenstr. 1, Pt.**
Ausgelämmtes Haar
kauft **Gotthardstr. 9.**

Meine alt renommierte
Bäckerei
sehr erweiterungsfähig, beachtliche im vorge-rückten Alters halber, unter günstigen Be-dingungen an Selbstkäufer zu verkaufen.
Karl Dietze, Bäckermeister,
Merseburg, Johannisstraße 5.

2 Winter- u. 2 Sommerjackets,
sehr wenig getragen,
sowie **1 Sommerüberzieher** und
1 schwarzer Gehrock
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Dezimal-Wage
für Gewicht bis 1 Hentner zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe nach **Doveralt-burg 1** erbeten.

Bohrstühle
werden dauerhaft von meinem blinden Sohne Hermann geliehen. Um glückliche Verdingung bittet **H. Möbius, Hornbäumdermeister.**

Soldaten-
Briefmarken, gummiert und perforiert, per Bogen 10 Bl., hält vorrädig
Buchdrucker Th. Rössner,
Merseburg — Delgnue 5.

Filzschuhe

und Pantoffeln in bekannter Güte, große Auswahl, billige Preise.

R. Schmidt, Seitenbeutel 2.



Wunderbares
Vinoleum,
im Wasser unvergänglich,
neueste Teppiche
u. Läuferstoffe
empfehlen

Paul Thum, Chemnitz,
2 Chemnitzstraße 2. Muster list geg. frk.

Ehrentabutter, täglich frisch, 10 Pfd. Collé
Mk. 6,35, **Bienenhonig** (rein) 10 Pfd. Mk.
4,25, **2 Eier Käse**, weißer, 10 Pfd. 3,25-
zur Probe 5 Pfd. Butter und 5 Pfd. **Gonig**
oder 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Käse Mk. 5,16.
Josefa Nagler (Exporthaus), Luste 207
(via Oberberg i. Schl.).

ff. Pfeffer-, Senf- u. saure
Gurken,

ff. Pflaumenmus.

ff. Hülsenfrüchte,

Speisekartoffeln,

Hühner- u. Taubenfutter

empfehlen **C. Tauch**, Weichhandlung,
Breitenstraße 17.

Eier,

groß und gesund, a Mandel 16 Stück Mk. 1,10,
empfehlen **Emil Wolff**.

Garantiert reinen leuchtlichsten

Kakao,

a Pfund 90 Pfennig,
100, 120, 140, 160, 200, 240, 280
und 285 Pfennig.
Garantiert reine

Vanille-Bruch- Schokolade

a Pfund 70 und 90 Pfennig
empfehlen **Paul Näher Nachf.**,
Markt 6.

Jahrbuch 1907

für unsere Abonnenten

ist in neuer Ausstattung er-
schienen. Mit ca. 250 Seiten
u. reichhaltig illustriert beträgt der
Preis für dieses bei Alt u. Jung **50 Pf.**
bestehende Jahrbuch nur
In jeder Tageszeit zu beziehen in unserer
Geschäftsstelle. Bestellungen nehmen auch
sämtliche Ausgabestellen und Austräger
gegen Entgelt.

Verlag
des „**Merseburger Correspondent**“.

Archl. Verein der Thomaskirche.

(**Neumarkt**).

Montag den 22. Oktober 1906

in der „Stadt Leipzig“.

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslegung.

3. Vorstandswahl.

4. Familienabend.

5. Ein Erinnerungsbild an die Oktober-
tage 1806. Referent: der Vorsitzende.
Der Vorstand. Moennete.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse

General-Versammlung
Donnerstag d. 22. Nov. 1906,
abends 8 1/2 Uhr,

im „**Verlag Germania**“.

Einige Punkte sind gemäß § 52 des
Statuts schriftlich bis 5. November er. abends
6 Uhr an den unterzeichneten Vorsitzenden ein-
zureichen.
Merseburg, den 16. Oktober 1906.
Der Vorstand.
Paul Z. Hiele, Vorsitzender.

Rührige Vertreter!

Herren mit tadelloser Vergangenheit, bei Gewerbetreibenden
gut eingeführt, erhalten dauerndes Engagement bei hohen Be-
zügen. Offerten mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an
intern. Ankaufsteil u. Inkassobank „Germania“, Naumburg a. S.

50 Mark wöchentlich
kann jede strebsame Person reell und leicht verdienen, auch als Nebenbe-
schäftigung. Alles **Erforderliche gratis und franko**, daher absolut kein
Risiko. Offerten unter **A 4053** befördert die Annoncen-Expedition **Heinrich
Kisler, Hamburg**.

Jedes 2te Los gewinnt bei der

KÖLNER Kanstaus-
Lotterie Lose à 2 Mark.

Wer 1 gerade und 1 ungerade Endnummer kauft, erhält 1 Gewinn.

150 000 Lose — 75 000 Gewinne

135 000 Mark.

Dabei sind die Hauptgewinne im Werte von

15 000, 10 000, 5 000, 3 000

2 000, 2 à 1 500, 3 à 1 000, 5 à 600

300, 30 à 100, 50 à 60, 200 à 40, 600 à 10 Mark

20 à 2 Mark, die übrigen Gewinne sind Reproduktionen von Werken erster
Künstler. Ziehung am 31. Oktober im Dienstadtgebäude der Kgl. General-Lotterie-Direktion
in Berlin. Lose à 2 Mk. Porto u. Liste **Königl. Lotterie-Einnahmen**
30 Pfennig extra. Zu haben bei den **Königl. Lotterie-Einnahmen**
und sonstigen Lose-Verkaufsstellen. Wo nicht, versendet solche die Lose-Vertriebs-
Ges. Kgl. Preuss. Lotterien-Einnahmer G. m. b. H., Berlin W., Monbijouplatz 1.

Geschäftsbücher

von **König & Ebhardt in Hannover**
sowie extra Anfertigung von Büchern für Landwirtschaft, Ziegeleien,
Brauereien etc., als auch sämtliche
**Comptoir- und Schreibmaterialien, Brief- und
Zetteln-Ordner**
verschiedener Systeme empfehlen

Otto Werner, Burgstr. 4.

Grosser Posten beste Qualität Räucherspäne
am Lager. Verkauf im einzelnen sowie ganzen Fuhren. Desgleichen
kleingehacktes hartes u. weiches **Brennholz**.
Dampftrickgewerk Jetschke, Hallestr. 10/11.

Mit 12 Jahren

kann jedes Mädchen die feinsten Kuchen bereiten, wenn nach
Dr. Oetker's Rezepten gebacken wird. Die Einfach-
heit in der Herstellung von süßen Eissen mit **Dr.
Oetker's** Bubbings-Pulver und Regima-Gelatine zu
10 Pfg. (3 St. 25 Pfg.) kann nicht übertroffen werden.
Rezeptbücher anlangt von
Dr. A. Oetkers, Bielefeld.

Zahnatelier

von
Frau Emilie Albert,
kleine Ritterstraße 3 I bei Herrn Kaufmann Herrfurth.
Sprechstunden von 11—6 Uhr.

Große gesunde Eier,
a Mandel (16 Stück) 1,10 Mk., empfehlen
W. Schumann, Unterlänberg 20.

**Priv. Bürger-Scheiben-
Schützen-Gilde.**
Unser Winterschiessen
beginnt
Donnerstag den 18. Oktober,
abends 8 Uhr.
Auch Nichtmitglieder werden hierdurch
freundlich eingeladen.
Das Direktorium.

Dörstewitz.
Sonntag den 21. u. Montag den 22. d. M.
Kirmes,
wozu freundlich einladet **A. Harnisch**.

Menzels Restaurant.
Heute abend **Salzkuchen**.

Schlachtfest.
W. Alleritz, Amtsdiener 6.

Der Gesangsverein
„**Thalia**“
hält Sonntag den 21. Oktober im
„**Züringer Hof**“ von nachmittags
3 Uhr an
Tänzen
und abends 8 Uhr an
Theater u. Ball
ab. Zur Aufführung kommt:
Die moderne Feuerprobe.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Kaiser-Wilhelms-Halle. Welt-Panorama. Italienische Seen. Como-Laggo-Maggiore. Eine herrliche Reise.

Gasthof Sächsischer Hof.

Heute Donnerstag den 18. Oktober
große Kirmes,
wozu ich Freunde und Bekannte freundlichst
einlade. **Felix Burger**.

Schriftliche Arbeiten
sowie
Buchführung Gewerbetreibender
werden von erfahrenem Manne als Neben-
beschäftigung lauber und gewissenhaft aus-
geführt. Gest. schriftliche Angebote unter
Z W 337 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Nüchtige Zimmerleute
steht für längere Zeit ein
J. C. Möbus, Ammendorf.

Schuhmachergefellen

sucht sofort
H. Wunsch, Steinstr. 5.
Wer Ofizen I. Z. suchen wir für unser
Fabrik-Comptoir einen

Lehrling
mit tüchtiger Schulbildung.
F. E. Wirth & Sohn.

**Frauen
und Mädchen**
finden bei hohem Lohn angenehme
Königsmühle Merseburg.

Nüchtige gewandte Verkäuferin
zum sofortigen Antritt gesucht.
Franz Lorenz
Inb. Curt Eberhardt.

Landwirtschafter findet 1. Jan. 1907
zur Erlernung der
Landwirtschaft, ohne gegenwärtige Vergütung
auf größterem Gute Stellung. Offert. unter
U k 9211 an **Rudolf Mosse**,
Dalle S.

Suche für sofort oder 1. November tüchtiges
ehefräulein

Mädchen
(nicht unter 16 Jahren) bei hohem Lohn.
Gasthof Letta a. S.

**Köchinnen, Haus- u. Stuben-
mädchen**
finden bei hohem Lohn angenehme Stellung durch
Frau Leiser, Stellenvermittlerin,
Leipzig, Eisenstraße 16 II.

**Älteres Stubenmädchen u.
jüngere Hausmädchen**
für einzelne Herrschaften in angenehme Stellung
gesucht durch
Frau D. Wengler, Stellenvermittlerin,
Breitenstraße 14.

Aufwärterin
an zwei Tagen der Woche für einige Stunden
gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine Aufwartung
für den ganzen Tag sucht sofort
Friedrichstr. 12.
Anständiges junges Mädchen sucht Auf-
wartung für den Vormittag. Näheres
Globisauerstraße 11.

Bei dem Vortragsabend des **Preuss. Ver-
antwortsamens** am 12. Oktober I. Z. in der
„**Reichshalle**“ sind ein **Damen- und ein
Herrenchor** stehen gebildet. Abzugeben bei
der Vereinsbotenfirma an der **Weissen Mauer**
Nr. 19 III.

Schwarzer Taschengürtel verloren. Bitte
abzugeben
Weisse Mauer 25, part.

Schwarzer Gummigürtel
Freitag früh 6 Uhr auf dem **Neumarkt** ver-
loren. Gegen Belohnung abzugeben
Neumarkt 36.

Grimmer kommt!

Dierzu eine Beilage.

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 16. Okt. Im Raabdorfer Bethau fiel das einjährige Kind des Arbeiters Wollschad in eine Jauchengrube und erkrankt.

† Magdeburg, 17. Okt. Der Streik der Bootleute und Heizer der Elbschiffahrtsgesellschaften hat mit dem getrigen Dienstag begonnen. Der Arbeitgeberverband für Binnen-schiffahrt auf der Elbe und die verwandten Gewerbe hat bekannt gemacht, daß infolge des Ausstandes der regelmäßige Schiffsabtrieb hat eingestellt werden müssen. In einer zweiten Bekanntmachung erklärt der Verband, daß der Verkehr trotz des Streiks nach bester Möglichkeit mit den treuegeliebten Mannschaften aufrecht erhalten werden soll und bittet die Kaufmannschaft, den Verband in dem ihm aufgedrungenen Kampfe zu unterstützen. In Magdeburg wurde in einer Montagabend abgehaltenen Versammlung der organisierten Bootleute beschlossen, Dienstag früh in den Ausstand zu treten. Am Dienstag stellten denn auch die Organisierten in Hamburg, Magdeburg und Ulfzig die Arbeit ein. Auch in Dresden haben die Bootleute und Heizer aller Schlepsschiffahrtsgesellschaften auf der Elbe, die den Frachtwortverkehr von Hamburg aufwärts bis nach Böhmen vermitteln, ihren Dienst am Dienstag nicht aufgenommen, so daß der regelmäßige Betrieb ins Stocken geraten ist. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft wird von dieser Störung nicht betroffen. Der regelmäßige Betrieb dieser Gesellschaft bleibt aufrechterhalten. Im Elbegebiet streikten bereits über 2000 Mann. — Die Altiengefellenschaft Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaften in Dresden sieht sich infolge des Schifferstreiks veranlaßt, den regelmäßigen Schiffsabtrieb für geschlossen zu erklären.

† Blankenburg (Harz), 16. Okt. An den Folgen einer Vergiftung verstarb die Witwe Schünemann. Die Unglückliche litt an Gallensteinkrämpfen. Bei einem Krampfanfall nahm sie, jedenfalls von heftigen Schmerzen gewält, starr der vom Arzt vorgeschriebenen Dosis Morphium die ganzen noch vorhandenen Pulver, so daß der Tod nach einiger Zeit eintrat.

† Langensalza, 16. Okt. In der Kammgarnspinnerei von Weich jun. & Co. traten heute 200 Arbeiter und 150 Arbeiterinnen in den Ausstand. Die Fabrikleitung hatte über zwei Arbeiter Ordnungstrafen verhängt. Die Fabrik beschäftigt insgesamt 450 männliche und weibliche Arbeiter.

† Walkawe (Kr. Salzweil), 14. Okt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei unserm Drie. Der 63jährige Altkrieger Heinrich Schmidt hier ging neben seinem beladenen Wagen. Als er die Kleinbahnstraße passierte, kam ein Zug heran, erfasste den Wagen und schleuderte ihn zur Seite, wobei Schmidt so unglücklich getroffen wurde, daß ihm ein Arm gebrochen und beide Beine unterhalb des Knies durch den eigenen Wagen abgerissen wurden. Der so schrecklich Zugerichtete gab nach wenigen Stunden seinen Geist auf.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 18. Oktober 1906. St. Kaiser Napoleon in Merseburg. 18. Oktober 1806. Einige Tage nach der für Preußen so unglücklichen Schlacht bei Jena und Auerstädt am 14. Oktober 1806, als man auf Grund falscher Nachrichten in Merseburg noch in dem guten Glauben war, daß die Preußen und die mit ihnen verbündeten Sachsen gestreift hätten, an welchem Glauben man auch noch festhielt, als am 17. Oktober nach einem kleinen Orchest in Merseburg mit, wie man meinte, versprengten Franzosen die hier befindlichen Preußen und Sachsen am Abend nach Halle zurückzogen, erschienen zum allgemeinen Erstaunen plötzlich am 18. Oktober französische Commissare auf dem Rathause und meldeten die nahe Ankunft der Franzosen als Sieger. Noch an demselben Tage, Sonnabend den 18. Oktober 1806, zog Kaiser Napoleon an der Spitze seiner Truppen in Merseburg ein und logierte auf dem Schlosse. Ueber seinen hiesigen Aufenthalt finden sich in Dr. Schmefels Chronik folgende Notizen S. 244 mit Berücksichtigung S. 324: „Kaiser Napoleon kam am 18. Oktober 1806 in Merseburg an und nahm mit der Generalität sein Quartier auf dem Schlosse. Er durchritt mit allen Generalen die Stadt und besah sie. Seinen 13 Köchen, welche Lebensmittel mitbrachten, räumte man die Küche im Schlosse ein, und gab dem Leibkocht, was er an Gelde usw. verlangte. Der Kaiser als wenig, arbeitete auf den Landplätzen bis in die tiefe Nacht hinein und ruhte wenig

aus. Am anderen Tage ritt er mit seinen Generalen nach Halle.“

„Durch die Novelle zum preussischen Einkommensteuergesetz sind die Arbeitgeber unter Umständen verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten der Behörde anzugeben. Da über die Auslegung der betreffenden Gesetzesbestimmung Zweifel entstanden sind, hat sich der Zentralverband deutscher Industrieller deswegen mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt. Wie nun der Zentralverband seinen preussischen Mitgliedern mitteilt, will der Minister zur Zeit davon absehen, allgemeine Bestimmungen über die Art und Weise zu erlassen, wie die Industriellen dieser Verpflichtung nachzukommen haben, weil er glaubt, daß die Verhältnisse im einzelnen Falle zu verschieden sind, um schon jetzt allgemein geregelt zu werden. Der Minister erklärt, daß die Durchführung dieser neuen Vorschrift sich in gegenseitigem freundlichen Entgegenkommen und in wohlwollender Berücksichtigung der Eigenart des einzelnen Betriebes durch die Gemeindebehörden auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Gemeindebehörden und den industriellen Betrieben für jeden einzelnen Fall ohne Störung vollziehen werde, und hat die Behörden bereits in diesem Sinne verhandelt. Der Minister ist auch darüber nicht im Zweifel, daß es zwar sehr wünschenswert sein würde, wenn die Industriellen auch eine Schätzung des Einkommens der bei ihnen beschäftigten Arbeiter für das letzte Jahresquartal angeben wollten, daß aber eine gesetzliche Pflicht zu einer solchen Schätzung nicht besteht.“

„Weihnachtsprivatpaktete können an die Befragungen nachstehend bezeichneter Schiffe im Auslande kostenlos zu den bekannten Beförderungsbedingungen geschickt werden bei Beachtung folgender Anlieferungsstellen und -fristen: 1. An die Schiffe der ozeanischen Station und „Planet“ durch die Expeditionsfirma Robbe u. Co. in Hamburg bis 21. Oktober, 2. an „Falk“ durch die Expeditionsfirma Matthias Robbe u. Co. in Hamburg bis 23. Oktober, 3. „Sperber“, „Buffard“ und „Seeadler“ (Matthias Robbe u. Co., Hamburg) bis 5. November, 4. „Condor“ (Robbe u. Co., Bremen) bis 16. November, 5. „Voreley“ (Matthias Robbe u. Co., Hamburg) bis 17. November, 6. „Charlotte“ (Robbe u. Co., Bremen) bis 25. November, 7. „Stein“ (Matthias Robbe u. Co., Hamburg) bis 26. November, 8. „Storch“ (Matthias Robbe u. Co., Hamburg) bis 30. November.“

„In der gestern stattgefundenen Quartalsversammlung der Baugewerkschaft zu Merseburg wurde an Stelle des verstorbenen Obermeisters Herr Maurermeister Günther als Obermeister und Herr Baugewerksmeister D. Hirschfeld als Schriftführer gewählt.“

„Wie wir erfahren, beschäftigt sich seit einiger Zeit ein in Chile wohnhafter Unternehmer namens Enrico Biffione damit, deutsche Auswanderer unter der Vorpiegelung der günstigen Bedingungen zur Ansiedelung in Chile unter seiner Vermittelung zu bewegen. Da vor kurzem solchen Ansiedlern, die sich durch den Agenten des obengenannten Unternehmers, namens Santiago Baccaro in Buenos-Aires hatten anwerben lassen, dort teilweise auf Kosten des Generalkonsulats, teilweise durch den deutschen Wohltätigkeitsverein Unterhalt und Arbeit verschafft werden mußte, können wir nicht dringend genug vor diesem Unternehmen warnen. Ebenso wenig Vertrauen verdient ein Unternehmen, das von einer Gesellschaft unter dem Namen „The Equatorial Emigration Land Company“ unter Leitung des Herrn A. Vasconez Cepeda und der Firma Alexander u. Co. betrieben wird. Die Gesellschaft sucht deutsche Familien durch verlockende Prospekte und Versprechungen zur Ueber-siedelung nach der Republik Ecuador zu verleiten. Dort beabsichtigt sie, auf einer von der equatorialischen Regierung zur Verfügung gestellten Fläche von 112 Millionen Hektar zu anzusiedeln. Da aber nach und nach gewordenen Mitteilungen die Gegenden, in denen kolonisiert werden soll, zum Teil noch unerforscht sind, in ihnen es weder Weg noch Stieg gibt, vor allen Dingen Lebensmittel zum Unterhalt von Einwanderern nicht vorhanden sind, so würden solche dem größten Elend ausgesetzt sein, zumal sie von der jetzigen Regierung Equadors sachgemäße Unterstützung nicht zu erwarten haben dürften. So können wir auch vor der Auswanderung nach Ecuador und der Tätigkeit des Alexander und seiner Agenten nur dringend warnen.“

„Einbrecher haben in den frühen Morgenstunden des getrigen Tages einem Kolonialwarengeschäfte in der Unteraltendurg einen ihrer unangenehmen Besuche abgestattet und den Barbestand der Ladenkasse in Höhe von etwa 35 Mk. mitgehen heißen. Von einem Hausbesitzer verschreckt, haben die flüchtigen

Gefellen durch die Gärten der Nachbargrundstücke die Flucht ergriffen und sind unerkannt entkommen.“

„Das Welt-Panorama in der „Kaiser-Wilhelmshalle“ hat am Sonntag mit der Serie des Maggiore und Lugano-See's begonnen. Die Bilder derselben treten in prächtigen Farben und in vorzüglicher Plastik hervor und hinterläßt somit diese Reise, welche den Zuschauenden in eine der schönsten Gegenden Ober-Italiens führt, den angenehmen Eindruck. Vor allem sind es die berühmtesten Punkte des Lago-Maggiore, welche vor Augen geführt werden, aber wie diese, so sprechen auch die Städte und landschaftlichen Ansichten von Lugano-See ungemein an. Wer das Glück gehabt hat, diese hervorragenden schönen Landschaften besuchen zu können, wird sich beim Anblick der einzelnen Bilder mit Vergnügen der vielen schönen dort verlebten Stunden erinnern, aber auch demjenigen, welchem dieses Glück nicht teilhaftig geworden, wird die im Panorama gebotene Anschauung eines von der Natur so bevorzugten Landes Genuß und Belustigung bieten. Wir empfehlen den Besuch alt und jung auf das wärmte.“

Haus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

† H. Bendorff, 17. Okt. Der bisherige 2. Lehrer Herr Högel hat am 1. Oktober d. J. Bendorff verlassen, um in Leipzig Musik zu studieren. Eine Neubefugung ist noch nicht erfolgt und voraussichtlich auch nicht zu erwarten, sodaß sich eine Vertretung durch Nachbarkollegen nötig machen wird. Auch der 2. Lehrer in Neumarkt wird seine dortige Stellung wahrscheinlich am 1. Januar n. J. aufgeben, um einem Rufe nach Weßen, dem Bezirke Köln, zu folgen.“

g. Burgliebenau, 17. Okt. Herr Forstmeister Wehmerer-Schleußig veranstaltete gestern in den ja. 800 Morgen umfassenden Waldungen hier große Holzjagd, an welcher 20 Herren teilnahmen. Das Gesamtergebnis der einzelnen Abtriebe betrug 38 Hasen, 24 Fasanehäbner, 8 Kaninchen, 2 Fasanehennen, 1 Rebhuhn, 1 Wildtaube, 1 Fuchs, 2 Kagen und 1 Eichhörnchen. Rebhühner zierten die Strecke nicht, da deren Abfuhr auf der Birse zu geschehen pflegt.“

g. Burgliebenau, 14. Okt. Vor mehreren Tagen wurden einige dem hiesigen Radfahrerverein angehörige junge Leute, die in vorgedachter Abendstunde von einer auswärtigen Vereinsfestlichkeit zurückkehrten, von mehreren Rindvieh aus dem benachbarten Döllmig aufgedrungen und zum Sturz gebracht. Einige Radfahrer, die sich ihrer Haut wehrten, wurden sogar mit Knütteln bearbeitet und in unflätiger Weise beschimpft. Die Polizei, die sich übrigens „nur einen Scherz gemacht haben wollen“, sind zur Anzeige gebracht worden.“

g. Aus dem Eskertale, 17. Okt. Am Sonntag trafen in Schleußig Herren aus Berlin ein, welche mit der Ausführung der Vorarbeiten zur Eiserbahn betraut worden sind und am Montag in Tätigkeit traten. Die Gemeindevorsteher haben von dem königlichen Landratsamte in Saalfeld Anweisungen erhalten, Erhebungen anzustellen, auf wieviel Frachtgut an Gewicht jährlich für zu beziehende, beziehungsweise fortzuschickende Artikel von den einzelnen Gemeinden zu rechnen sei. Diebezüglichen Erhebungen finden gegenwärtig statt.“

g. Döllmig, 14. Okt. Als der im benachbarten R. dienende H. von hier am Sonntag abend per Rad zurückfahren wollte und das rechtsseitige Banfett der Regensburgerstraße benutzte, wurde er in der Dunkelheit von einem aus entgegengelegter Richtung kommenden fremden Kader angefahren, so daß beide stürzten. Keins von beiden Rädern war mit der vorgeschriebenen Laterne versehen, weshalb sich auch die Radfahrer gegenseitige Vorwürfe wegen ihrer Pflichtvergessenheit nicht machen konnten. H. kam mit einer „Hautkrempe“ im Vorderende davon, während der fremde Sportmann außer einem abgebrochenen Bebal noch erhebliche Hautabschürfungen am Arme davontrug.“

g. Köglitz, 17. Okt. Ein die Gerichte schon circa 11 Jahre beschäftigender und für Landwirte im nahen Brudorf spanischer Prozeß wegen Schädigung der Ländereien durch Ammissionen (Kugelsäure, schweflige Säure u.) der Bergwerke gegen die Sächsisch-Böhmerische Akt-Gesellschaft für Braunkohlenverwertung (Grube von der Heubitz), die zu 1/10 verlagert war, ist jetzt vor dem Oberlandesgericht zu Raumburg zu Gunsten der Landwirte entschieden worden. Dagegen ist der Prozeß gegen die Elektrodynamischen Werke, die zu 1/10 belangt werden sollten, für sie verloren worden.“

Wetterwarte.

Voraussichtliches Wetter am 18. Okt.: Teils heiter, teils wolfig, im Norden mild, etwas windig und

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Einzelheften 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Verleger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk., Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wochenliche Gratisbeilagen:
5seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeitspaltze ober breiten Raum 8 Pf., für drei Spalten von Seite 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle (unter Umständen) entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlegte Einlegungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 244.

Donnerstag den 18. Oktober 1906.

33. Jahrg.

Der politische Mißbrauch der Kanzel.

Bei den Erörterungen über den politischen Mißbrauch der Kanzel ist von protestantischer geistlicher Seite der irrtümlichen Auffassung Ausdruck gegeben worden, als ob man den Geistlichen überhaupt die politischen Rechte absprechen wolle, und es wurde dabei die Befürchtung geäußert, daß die protestantische Geistlichkeit für die politischen Sünden der katholischen Kaplane weise mitleiden müsse. Eine solche törichte Forderung ist den Liberalen, welche gegen die priesterliche Mißbegünstigung von der Kanzel aus eintreten, natürlich niemals in den Sinn gekommen. Es kann sich nur darum handeln, den Mißbrauch eines Priesters zu politischen Zwecken zu verhindern. Mit dem Merkantilismus und dem politischen Zentrum wird man sich über die Grenzen der Zulässigkeit der geistlichen Mißbegünstigung vom staatlichen Standpunkt aus selbstverständlich niemals einigen können. Zur Verhütung anglistischer nichtfrateller Gemüter erscheint aber ein Wort zur Klärung der Frage angebracht.

Ein reichsständischer Politiker, der den politischen Mißbrauch der Kanzel durch den Klerus erst jüngst bei den Wahlen zum elsäß-lothringischen Landesauschuß aus nächster Nähe kennen gelernt hat, hat die Grenzen der politischen Bewegungsfreiheit des Geistlichen u. G. richtig gezogen, indem er die Forderung aufstellte: Wenn Beamte sich politisch frei betätigen dürfen, soweit sie nicht ihren amtlichen Einfluß bei der Agitation einsetzen, kann man Priester das Recht nicht nehmen, muß aber, obwohl sie nicht staatliche Beamte sind, dieselbe Bedingung an seine Ausübung knüpfen, daß sie nämlich die Autorität ihres Amtes nicht mißbrauchen, um ihren persönlichen Einfluß zu veräußern. Wenn der Priester Wettete für die Geistlichen das Recht in Anspruch nimmt, daß sie in Wahlzeiten auch in der Ausübung ihrer religiösen Funktionen von ihrem Einfluß Gebrauch machen dürfen, so muß das zurückgewiesen werden, weil gerade der katholische Priester geistliche Macht und Zwangsmittel besitzt, die weit härter sind als etwa die Autorität, die ein Bürgermeister oder ein Staatsbeamter ausüben kann. Es würde damit dem Priester ein Ausnahmerecht und eine Ausnahmestellung zugehanden, die ihm bei der modernen Staat ohne Schädigung berechtigter Interessen und Gefährdung der Freiheit der Wahl nicht einräumen darf. Wie weit er allerdings die Schranken durch Gesetze überschreiten und seine Grundzüge durchführen kann, das hängt jeweils von den politischen Machtverhältnissen ab. Im deutschen Reich der Gegenwart ist praktisch in dieser Beziehung wenig zu erwarten. Um so wichtiger ist es, von Fall zu Fall die Mißstände karuzuliegen, zu denen laie und schrankenlose Priesterorganisation führt, und das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß damit nicht der Religion, sondern lediglich den weltlichen Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche, d. h. politischen Zwecken gedient wird.

Zur Lage in Rußland.

Wenn man den russischen Offizieren glauben dürfte, so herrscht jetzt in Rußland unter dem Regiment Stolypin eitel Licht und Sonnenschein. Die „Petersb. Telegraphen-Agentur“ ist nie so geschäftig gewesen als jetzt, um die Lage des Staates im allgemeinen und der Finanzen im besonderen in glänzendster Beleuchtung estrahlen zu lassen. Wie jene offiziöse Agentur mittels, veröffentlicht der Finanzminister Angaben über den Eingang eines Teiles der direkten Steuern, welche jährlich in bestimmtem Verhältnis von jeder steuerpflichtigen Einheit, im Verhältnis von dem Lande der Bauern und anderer Besitzer, von den häftlichen Häusern und Wohnungen, erhoben werden. Diese Angaben bieten nach der Petersb. Telegraphen-Agentur ein besonderes Interesse in Hinblick auf die in dem Wlborger Manifest gipfelnde Agitation der extremen Parteien gegen die Steuerzahlung. Während der acht ersten Monate des Jahres 1906 betragen

die Eingänge an indirekten Steuern 33 577 833 gegen 34 076 710 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine Abnahme der Eingänge ist in den von der Steuerung heimgefügten Gegenden eingetreten, während in den baltischen Gebieten, Polen und Kaufasien, wo die revolutionäre Bewegung die größte Stärke erreichte, eine Zunahme von 2 1/2 Millionen Rubel stattfand. Die Verminderung des Einganges der Abgaben der Bauern für das ihnen zur Zeit der Emanzipation überlassene Land ist das Resultat des kaiserlichen Ufases, welcher diese Abgaben auf die Hälfte herabsetzte und vom Jahre 1907 ab ganz abschaffte. Aus den Steuern für Industrie und Handwerk ist eine Zunahme von 3 Millionen gegen 1905 zu verzeichnen. Die direkten Steuern spielen nur eine unbedeutende Rolle, das Reichsbudget beruht auf den indirekten Steuern und den Abgaben auf Alkohol, Zucker, Tabak und Petroleum. Trotzdem bilden nach Ansicht der Regierung die angeführten Zahlen eine glänzende Entgegnung auf das Wlborger Manifest und andere Aufrufe ähnlicher Art, außerdem haben die Aufreizungen der extremen und anderen politischen Parteien zur Rekrutenverweigerung keinen Eindruck gemacht, denn nach den bisher vorliegenden Nachrichten vollzieht sich die Aushebung in allen Teilen des Reiches, selbst in den Disseprowingen und anderen Herden der Revolution in vollster Ordnung. Offenbar sind alle Anstrengungen der revolutionären Gruppen vergeblich, und die Waffe des russischen Volkes unterwirft sich nicht den Direktiven, die ihm durch gewisse politische Gruppen aufgegeben werden sollen.

Man wird ja bald sehen, ob diese Darstellung zutrifft. Zunächst kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als werde hier Schönfärberei getrieben. Daselbe gilt von einer langen finanziellen Darlegung der „Petersb. Tel.-Agent.“, die gegen einen Zeitungsartikel des Regierungsrats Martin gerichtet ist, in dem jener den Nachweis zu führen suchte, daß Defizit für 1906 sei von der russischen Finanzverwaltung unrichtig dargestellt worden. Nach der Darstellung der „Petersb. Tel.-Agent.“ beruht das entweder auf vollständiger Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse oder auf absichtlicher Fälschung.

Herr Martin, dessen Person für uns in dieser Angelegenheit ganz gleichgültig ist, wird ja wohl die Antwort auf jene Angriffe nicht schuldig bleiben. Auffallend bleibt der Kontrast, in dem die jetzigen offiziellen Darlegungen über Rußlands Staatsfinanzen stehen zu dem kürzlich bekannt gewordenen pessimistischen Geheimbericht Kofowogens. Dieser grelle Gegensatz mahnt zur äußersten Vorsicht und zum Mißtrauen gegenüber den Angaben der „Petersburger Tel.-Agentur“. So lange es in Rußland an einer parlamentarischen Kontrolle über den Etat fehlt, ist man eben an die einseitigen Veröffentlichungen aus dem Finanzministerium gebunden. Wenn ein Finanzminister aber im September alles „schwarz“ sieht und dann, nachdem seine Schwarzbeute durch eine Indiskretion bekannt geworden, vier Wochen später alles rosafarben malt, so muß man nur zu deutlich, daß hier etwas faul sein muß.

Ein Gesegentwurf zu Gunsten der russischen Juden ist, wie man uns meldet, soeben dem russischen Ministerrat zur Begutachtung zugegangen. Derselbe soll für die Juden in Rußland große Erleichterungen schaffen. Ob der Entwurf Gesetz wird, ist freilich noch zweifelhaft.

Die Teilnehmer am Ueberfall auf das Kontor Friedberg in Kofkow, drei Juden und drei Christen, sind standrechtlich erschossen worden.

Der allgemeine Ausstand in Lodz, der als Demonstration gegen die Tätigkeit der Feldkriegsgerichte gedacht war, hat nicht lange Zeit gedauert. Schon am Montag war der Ausstand beendet, die Stadt hatte ihr gewöhnliches Aussehen wieder gewonnen.

Infolge der Weigerung der Fabrikanten, für die Zeit des Ausstandes Lohn zu zahlen, sind in Lodz 17 000 Arbeiter von 77 Fabriken in den Ausstand getreten. Die Gesamtzahl der Lodzer Fabrikanten beträgt 400 mit 70 000 Arbeitern.

Wegen bedeutender Unruhen in Turkestan in der Gegend an der zentralasiatischen Bahn ist in den Städten Krasnowodsk, Kifit-Armat, Achabad, Merw, Ischardschai, Neubuchara, Samarkand, Tashkent und in anderen Drien der Zustand des außerordentlichen Schutzes verhängt worden.

Politische Uebersicht.

Die Ankunft des Staatssekretärs von Tschirschky in Rom wird, wie man der „Post“ von dort berichtet, um den 18. B. erwartet. Herr v. Tschirschky wird sich nach kürzerem Aufenthalt in und von Rom nach Neapel begeben, um dort die Angelegenheiten der Unter-italienischen

an der...
erweitern...
der...
ung...
nen für...
auf Grund...
Millionen...
ll diesen...
ngen für...
werden...
ale aus...
mehr ihren...
ung des...
die Schluß...
für die...
geordnete...
werden.

Man ist zu dem Resultat gekommen, daß kein Grund vorliegt, gegen irgend einen General vorzugehen. Zwölf Offiziere sind gemahregelt worden, davon vier unter Verlust der aus ihrem Dienstalter sich ergebenden Rechte; sechs sind mit Pension, einer ohne Pension verabschiedet worden. Außerdem sind zehn Unteroffiziere aus dem Dienst entlassen worden. Fast alle diese Militärs gehören dem Train an.

Türkei. Ein Ausstand arabischer Stämme ist, wie die „Politische Korrespondenz“ aus Konstantinopel meldet, zwischen Yemen und Gedschas ausgebrochen. Die Aufständischen haben in einer Woche 200, die türkischen Truppen 100 Tote und 60 Verwundete verloren. Die türkischen Truppen mußten weichen. Da die Gefahr der Ausbreitung des Aufstandes gegen Norden besteht, wurden in Konstantinopel Verhaftungen verhängt.

Serbien. Betreffs der serbischen Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wird halbamtlich aus Belgrad mitgeteilt: In der am 14. Oktober nach Wien gefandten Antwort auf die letzte Note der österreichisch-ungarischen Regierung, betreffend die Handelsvertragsverhandlungen, erklärt die serbische Regierung, daß sie in der Frage der Beschaffung von Geschützen und Munition auch fernerhin auf dem Standpunkte verharren werde, daß sie sich freie Hand vorbehalten müsse. Bezüglich sonstiger Staatsbefehleungen sei die Regierung bereit, in dem schon früher festgelegten Umfange die österreichisch-ungarische Industrie zu berücksichtigen, vorausgesetzt, daß ein Handelsvertrag zustande komme. Im

